

ANTRAG

der Fraktionen der CDU und SPD

Konsequente Anti-Drogenpolitik und Suchtprävention fortsetzen

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, an einer konsequenten Anti-Drogenpolitik festzuhalten. Parallel sollen Maßnahmen zur Aufklärung und Prävention fortgeführt werden. Dabei sollen insbesondere die Kommunen weiterhin in ihren Bemühungen unterstützt werden.

Vincent Kokert und Fraktion

Dr. Norbert Nieszery und Fraktion

Begründung:

In jüngster Zeit nehmen Forderungen nach einer Legalisierung, insbesondere von Cannabisbesitz und -konsum, zu. Gerade der Konsum von Cannabisprodukten wird immer wieder verharmlost, obwohl die negativen gesundheitlichen, psychischen und physischen Folgen nachgewiesen sind.

Die Landesregierung soll den Kampf gegen illegale Drogen weiter aktiv führen. Wir erwarten in diesem Zusammenhang, dass die Landesregierung sich dafür einsetzt, dass die bewährte Praxis, im Einzelfall nach Opportunitätsregelungen von einer Strafverfolgung abzusehen, erhalten bleibt. Schwerpunktkontrollen im Straßenverkehr sollen explizit auch für Drogenmissbrauch erfolgen. Der Kampf gegen den Anbau von Cannabis soll verstärkt werden.

Cannabis hat sich zu einer gefährlichen Einstiegsdroge entwickelt. Um gerade Jugendlichen die Folgen von Drogenmissbrauch für die eigene Entwicklung deutlicher zu machen, sollen Anstrengungen zur Aufklärung und Prävention, vor allem in der Schule, in Jugendverbänden, Freizeiteinrichtungen und Sportverbänden, verstärkt werden.

In allen Lebensbereichen bieten sich viele Möglichkeiten für die Suchtprävention an, gerade auf kommunaler Ebene.

Kooperationen zwischen Akteuren der Suchtprävention, Suchtberatung, Jugendsozialarbeit, Familienbildung, Erziehungsberatung, des Jugendschutzes, der polizeilichen Präventionsarbeit, der Krankenkassen, Freizeitvereine, Verbände u. a. sollen vereinbart werden. Die Angebote sollen zielgruppenspezifisch, sozialraum- und problemorientiert sein und die besonderen Bedingungen unseres Flächenlandes berücksichtigen.

Vom Land geförderte Institutionen, Beratungsstellen, Verbände und Einrichtungen sollen dabei eng mit den Kommunen zusammenarbeiten.